Rheder Volkszeitung

Bezugspreis: 2,55 Mk. monatlich.

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt

Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeister-Ämtern und Ämtern des Kreises Borken.

Organ der Zentrumspartei

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolfsing. Werth: Th. Parras.

Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 16 | Donnerstag, den 16. Januar 1930 | Jahrgang 1930

Die Partei der Enttäuschung.

Die Sozialdemokratie ist enttäuscht. Von den Gemeindewahlen, die in letzten Wochen fast im ganzen Reiche stattgefunden haben, erwartete sie für sich eine reiche Ernte. Die sogenannte „Rote Woche", die von der Partei jedes Jahr zwecks Mitgliedergewinnung für die Parteiorganisation und Abonnentensammlung für die Parteipresse veranstaltet wird, war ausdrücklich zu diesen Wahlen in Beziehung gesetzt worden. Von beiden erhoffte die Partei eine gegenseitige Befruchtung. Die „Rote Woche" sollte ein Probeexerzieren sein für die Kommunalwahlen, und umgekehrt entnahm man von diesen aus Aufrüttelungsmotive für die Werbewoche.

★

Von beiden Ergebnissen dürfte die Partei heute nicht befriedigt sein. Der diesjährige sozialdemokratische Parteitag in Magdeburg im Mai verzeichnete eine Ziffer eingeschriebener Parteimitglieder in Höhe von 949 000 Köpfen. Damit war die Höchstziffer der Vorkriegszeit noch nicht wieder erreicht. Das ist nunmehr nach den Ergebnissen der Werbewoche 1929 allerdings wieder der Fall. Es wurden insgesamt 75 521 neue Mitglieder gewonnen, darunter 59 977 Männer und 15 544 Frauen, so daß, vorausgesetzt, daß der Mitgliederbestand vom 1. April dieses Jahres geblieben ist, die Ziffer von 1 Million übertroffen sein dürfte. Auffallend ist der verhältnismäßig geringe Erfolg in jenen Bezirken, die zugleich eine starke Zentrumspartei aufweisen. Während z. B. neu gewonnen wurden an Mitgliedern in den Bezirken Berlin 7708, Hannover 5813, Franken 4033, Dresden 3386, Hamburg 4206, betrugen diese Ziffern für die Bezirke Breslau 2484, östliches Westfalen 1550, westliches Westfalen 2601, Oberrhein 1325, Niederrhein 2621, Württemberg 1702, Baden 895. Vergegenwärtigt man sich jedoch die Tatsache, daß bei den Reichstagswahlen im Mai dieses Jahres die Sozialdemokratie von den insgesamt 41 340 691 wahlberechtigten Stimmen 9 151 059 auf sich vereinigte, so folgt daraus, daß erst jeder neunte sozialdemokratische Wähler auch eingeschriebenes Parteimitglied ist. Daraus ergibt sich weiter, ein wie geringer Prozentsatz „waschechte Genossen" sind, wie man sich früher gerne ausdrückte, und wie groß die Zahl der Mitglieder ist, die an Wahltagen einen sozialdemokratischen Stimmzettel in die Urne zu werfen pflegen.

★

Ueber die Stimmabgabe bei den Kommunalwahlen (Provinzialwahlen) veröffentlicht eine Zusammenstellung die neue sozialdemokratische Wochenschrift „Das freie Wort" (1929. 9). Ein Vergleich mit den Reichstagswahlen ergibt einen Stimmenrückgang auf der ganzen sozialdemokratischen Linie. Doch hören wir das obengenannte Organ: „Die Provinz Pommern ist die einzige, die bei den jüngsten Wahlen das Resultat der Reichstagswahl noch übertroffen hat. Im übrigen hat sich der Osten — außer Breslau — gut geschlagen. Hingegen weisen Berlin, Westfalen und Rheinland schwere Rückschläge auf." — Ein ähnlicher Vergleich bei den übrigen Parteien hat zum Resultat, daß von ihren bei den letzten Reichstagswahlen erzielten Stimmenzahlen verloren haben die Demokraten über 25 Prozent, die Deutsche Volkspartei 20 Prozent, die Kommunisten 15 Proz., die Sozialdemokraten 14 Proz. und die Deutschnationalen 10 Proz. Gewonnen hat über seine Stimmenzahl vom letzten Reichstagswahlkampf das Zentrum 8 Proz., die Wirtschaftspartei 18 Proz und die Nationalsozialisten 160 Prozent. Das Zentrum hat auch bei den Kommunalwahlen anscheinend dort am stärksten gewonnen, wo die Verluste der Sozialdemokratie am größten waren.

★

Die trotz größter Kraftanstrengung erfolgten Rückschläge haben diesmal ihre ganz besondere Bedeutung. Die Sozialdemokratie hat in den letzten Jahren so getan, als ob ihr „Siegeszug" „unaufhaltsam" sei. Obwohl sie in ihrem Wesen und in ihren letzten Zielen die alte geblieben, hat sie versucht, der Agitation wegen ihr wahres Wesen zu verschleiern. Sie redet von Wandlungen, die sich innerhalb ihrer Bewegung vollzogen hätten, und die die etwaigen Bedenken, die früher ein Katholik bezüglich des vollen Anschlusses an die Sozialdemokratie hätte haben können, auszuräumen geeignet seien. Diese Politik der Verschleierung, Täuschung und eigenen Ueberschätzung hat einen argen Stoß bekommen. Die Ergebnisse der letzten Wochen haben gelehrt, daß die Sozialdemokratie trotz ihres größten Organisations- und Agitationsapparates durchaus nicht unüberwindlich ist. Und wenn die Sozialdemokratie in Zukunft besonders als sogenannter Kulturso-zialismus auf den Plan treten will, so dürfen wir den kommenden Entscheidungskämpfen auf kulturellem Gebiete mit um so mehr Zuversicht entgegensehen, wenn wir uns für diese mit allen Kräften wappnen, vor allem auch mit den Waffen intensiver Aufklärung und Schulung.

★

In der Tat versucht sich neben dem sogenannten materiellen wirtschaftlichen Sozialismus mit den Zielen der Wirtschaftsdemokratie und Sozialisierung der Kultursozialismus innerhalb des Gesamtsozialismus neuerdings mehr in den Vordergrund zu drängen, der sich um den sozialistischen Menschen, um die Durchsetzung der sozialistischen Weltanschauung auf den mannigfachen Kulturgebieten bemüht. Er drängt sogar zur Herrschaft. Auf dem Kieler Parteitag haben seine Vertreter ihre Ansprüche auf eine eigenständige Kultur mit besonderem Nachdruck vertreten. Für sie erklärte Dr. Anna Siemsen: „Sie (die Kirche) bedeutet für uns ein Faktor, mit dem . . . wir uns wirtschaftlich und politisch auseinanderzusetzen haben. Wie ein Genosse über das Jenseits denkt, berührt uns nicht. Es berührt uns aber ungemein stark, wie er über gesellschaftliche Fragen des Diesseits denkt, und darüber hat die Kirche ihre ganz bestimmten Ansichten, die durchaus nicht mit sozialistischen Ansichten vereinbar sind . . . Wenn wir die Fähigkeit und den Willen wecken wollen, diese Gesellschaft umzugestalten, müssen wir ein neues einheitliches Bewußtsein schaffen. An dieser Grenze muß sich die religiöse Toleranz brechen." — Also auf kulturellem Gebiete kennt der Sozialismus keine Toleranz. Wie die Sozialdemokratie ihre Kulturpolitik praktiziert, darüber kann man in einer neuen Zeitschrift: „Das Staatsschiff" (16. Nov.) recht Lehrreiches nachlesen.

★

Die oben genannte Wochenschrift: „Das freie Wort" gesteht in ihrer Wahlbetrachtung resigniert: „. . . Offenbar hat die Partei die Werbekraft, die vom Mai 1924 bis zur letzten Reichstagswahl wirksam war, nicht mehr ausgeübt." — Es steht eben nicht bei jeder Wahl eine Panzerkreuzer- und Kinderspeisung-Parole zur Verfügung. Darum schaut die Partei sehnsuchtsvoll nach neuen zugkräftigen Parolen aus. „Das freie Wort" blickt schon in die Zukunft. „Offenbar wird", so heißt es hier, „die bevorstehende Finanzreform ein entscheidender Wendepunkt sein. Von ihr wird es abhängen, ob wir wieder, wie in der Zeit von 1919 bis 1924, in eine rückläufige Bewegung geraten oder ob die Partei die Kraft zu weiterem Vordringen behält. Dabei wird nicht nur der Inhalt der neuen Steuergesetze entscheidend sein, sondern noch viel mehr die Art, wie diese Reichsfinanzreform von vornherein dem Volke dargestellt und wie sie durchgeführt wird. Unsere Genossen im Reichskabinett, insbesondere der Reichsfinanzminister, tragen eine große Verantwortung. Aber Verantwortung nicht nur für das Reich, sondern auch für die Partei." — Also neben dem Reich die Partei? Oder gar die Partei über das Reich? Wer leben wird, wird sehen!

Die Regelung der Sanktionsfrage.

Die beiderseitigen Erklärungen.

):(**Haag**, 15. Jan. Die deutsche Abordnung veröffentlicht die endgültige Vereinbarung zwischen Deutschland und Frankreich über die Regelung der Sanktionsfrage. Die Vereinbarung nach folgenden Wortlaut:

Die Vertreter der belgischen, englischen, französischen, italienischen und japanischen Regierung geben folgende Erklärung ab:

Der Neue Plan beruht auf dem Grundgedanken, daß die vollständige und endgültige Regelung der Reparationsfrage im gemeinsamen Interesse aller beteiligten Länder liegt und daß er die Zusammenarbeit aller dieser Länder erfordert. Ohne guten Willen und Vertrauen von beiden Seiten würde das Ziel des Planes nicht erreicht werden.

In diesem Sinne haben die Gläubigerregierungen in dem Schlußprotokoll die feierliche Verpflichtung der deutschen Regierung, die festgesetzten Annuitäten gemäß den Bestimmungen des Neuen Planes zu zahlen, als die Garantie für die Ausführung, daß selbst in dem Fall, wo die Ausführung des Neuen Planes Meinungsverschiedenheiten oder Schwierigkeiten hervorrufen sollte, die in dem Plan selbst vorgesehenen Vorfahrensarten ausreichen, um sie zu beseitigen.

Aus diesem Grunde sieht das Schlußprotokoll vor, daß unter dem Regime des Neuen Planes die Befugnisse der Gläubigermächte sich nach den Bestimmungen dieses Planes begrenzen.

Es bleibt indes ein Fall übrig, der außerhalb des Rahmens der heute unterzeichneten Vereinbarungen steht. Die Gläubigerregierungen sind gezwungen, dies zu erwägen, ohne daß sie damit die Absichten der deutschen Regierung in Zweifel ziehen wollen. Sie halten es für unerläßlich, die Möglichkeit zu bedenken, daß in Zukunft eine deutsche Regierung sich entgegen der im Schlußprotokoll vom heutigen Tage enthaltenen feierlichen Verpflichtungen zu Handlungen herbeilassen könnte, die ihren Willen beweisen, den Neuen Plan zu zerreißen. Die Gläubigerregierungen haben die Pflicht, der deutschen Regierung zu erklären, daß, wenn ein solcher Fall eintrete, der das gemeinsam verfolgte Werk von Grund aus erschüttern würde, eine neue Lage geschaffen werde, der gegenüber die Gläubigerregierungen jetzt schon alle Rechtsvorbehalte machen müssen. Aber selbst in diesem äußersten Falle sind die Gläubigerregierungen im Interesse des allgemeinen Friedens bemüht, bevor sie irgend einen Schritt tun, zum Zwecke der Feststellung und Würdigung der Tatsache eine internationale Instanz anzurufen, deren Autorität unbestritten ist. Die Gläubigerregierung oder die Gläubigerregierungen, die sich für beteiligt halten, würden dementsprechend den Ständigen Internationalen Gerichtshof im Haag mit der Frage befassen, ob die deutsche Regirung Handlungen vollzogen hat, die ihren Willen beweisen, den Neuen Plan zu zerreißen. Deutschland würde schon jetzt erklären, daß es im Falle einer bejahenden Entscheidung des Gerichtshofes es als berechtigt ansieht, daß die Gläubigerregierung oder die Gläubigerregierungen ihre volle Handlungsfreiheit wiedergewinnen, um die Ausführung der sich aus dem Neuen Plan ergebenden Verbindlichkeiten des Schuldnerlandes sicherzustellen.

Die Gläubigermächte sind überzeugt, daß der in Frage stehende Fall niemals eintreten wird. Sie sind sicher, daß die deutsche Regierung diese Ueberzeugung teilt, aber sie glauben, daß es für sie ein Gebot der Loyalität und eine Pflicht gegenüber ihren Ländern ist, die vorstehende Erklärung für den Fall abzugeben, daß jene Möglichkeit sich doch verwirklichen sollte.

Die Vertreter der deutschen Regierung gaben ihrerseits folgende Erklärung ab:

Die deutsche Regierung nimmt Akt von der vorstehenden Erklärung der Gläubigerregierungen, wonach selbst in Fällen, wo bei Ausführung des Neuen Planes Meinungsverschiedenheiten oder Schwierigkeiten hervortreten sollten, die im Plan vorgesehenen Verfahrensarten ausreichen, um sie zu beseitigen. Sie nimmt demzufolge Akt davon, daß unter dem Regime des Neuen Planes die Befugnisse der Gläubigermächte sich nach den Bestimmungen dieses Planes begrenzen. Was den zweiten Teil der genannten Erklärung und die darin erwähnte Möglichkeit anlangt, so bedauert die deutsche Regierung, daß eine solche Eventualität in Betracht gezogen wird, die die deutsche Regierung ihrerseits für unmöglich hält. Wenn indes eine Gläubigerregierung oder mehrere Gläubigerregierungen den Ständigen Internationalen Gerichtshof mit der Frage befassen, ob Handlungen der deutschen Regierung ihren Willen beweisen, den neuen Plan zu zerreißen, ist die deutsche Regierung mit den Gläubigerregierungen einverstanden, daß der Ständige Gerichtshof darüber befindet. Sie erklärt, daß sie es im Falle einer bejahenden Entscheidung des Gerichtshofes als berechtigt ansieht, daß die Gläubigerregierung oder die Gläubigerregierungen ihre volle Handlungsfreiheit wiedergewinnen, um die Ausführung der sich aus dem Neuen Plan ergebenden finanziellen Verbindlichkeiten des Schuldnerlandes sicherzustellen.

Der deutsche, französische und englische Wortlaut dieser Anlage haben gleiche Beweiskraft.

★

Die Stellung der Repko.

:: **Haag**, 15. Jan. Die alliierten Gläubigermächte haben mit Deutschland vereinbart, daß auf Grund der Vereinbarungen über die Regelung der Sanktionsfrage nunmehr der Artikel 4 des Schlußprotokolls der Haager Abmachungen folgende Fassung haben soll:

Mit Ingangsetzung des Neuen Planes werden das Büro für die Reparationszahlungen und die damit zusammenhängenden Stellen in Berlin aufgehoben und die Beziehungen der Reparationskommission mit Deutschland finden ein Ende. Unter dem Regime des Neuen Planes bleiben nur diejenigen Funktionen bei diesen Stellen bestehen, deren Fortbestand durch den Plan notwendig gemacht wird. Diese Funktionen werden auf den entsprechenden Sonderausschuß der BIZ übertragen. Die BIZ wird diese Aufgaben im Rahmen der Bedingungen der Satzungen durchführen.

Die Machtbefugnisse der Gläubigermächte gegenüber Deutschland unter dem Neuen Plan regeln sich nach diesem Plan. In dieser Sache haben die Vertreter der englischen, italienischen, japanischen, belgischen und französischen Regierung mit den Vertretern der deutschen Regierung Erklärungen ausgetauscht, die in Vereinbarungen zum Ausdruck kommen. Es handelt sich um die Vereinbarungen über die Sanktionsfrage.

Die Kommunisten in Aktion.

Rotfrontkämpfer gehen gegen die Berliner Polizei vor.

× **Berlin**, 15. Jan. Trotz des Verbotes des Polizeipräsidenten hatten die Kommunisten heute ihre Anhänger zu einer Demonstration für Lenin-Liebknecht-Luxemburg aufgeboten. An verschiedenen Stellen kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei, die alle Vorbereitungen getroffen hatte, um für alle Fälle gerüstet zu sein. In der Potsdamerstraße, Ecke Pallasstraße, hatte sich ein Zug von etwa 300 Kommunisten gebildet, darunter viele junge Leute in der Uniform des verbotenen Rotfrontkämpferbundes, die auf die Aufforderung der Beamten, den Zug aufzulösen, mit dem Absingen der „Internationale" antworteten. Die vordersten Reihen der Rotfrontkämpfer suchten gegen die Polizei tätlich zu werden, sodaß die Beamten mehrere Schreckschüsse abfeuern mußten. Erst als Verstärkungen herankamen, gelang es, die Potsdamerstraße zu säubern. Am Zionskirchplatz überfiel ein Trupp von etwa 50 Kommunisten zwei Polizeibeamte und umringte sie. Die beiden Schupoleute wurden mit Stöcken und Schlagringen bearbeitet. Zu weiteren Kundgebungen kam es am Weddingplatz, wo die Polizei mit dem Gummiknüppel gegen 100 randalierende junge Burschen vorgehen mußte. In Neukölln wurde der Reichstagsabgeordnete Blinkle, der die Kommunisten aufforderte, sich nicht an die Anordnungen der Polizei zu halten, festgenommen und ins Polizeipräsidium gebracht. Auch hier mußte mit dem Gummiknüppel die Straße geräumt werden. Insgesamt sind bisher einige 20 Personen zwangsgestellt worden.

★

Krawalle im Köpenicker Stadttheater

Ꝑ **Berlin**, 15. Jan. In einer gestern abend abgehaltenen nationalsozialistischen Versammlung im Köpenicker Stadttheater schlugen anwesende Kommunisten kurz vor Beendigung der Versammlung mit Stuhlbeinen und Biergläsern auf die Nationalsozialisten ein. Die Polizei räumte unter Anwendung des Gummiknüppels den Saal. Zwei Kommunisten wurden festgenommen.

★

Zusammenstöße mit der Polizei in Magdeburg.

× **Magdeburg**, 15. Jan. Wie die Pressestelle des Polizeipräsidiums mitteilt, hatte die kommunistische Partei für Mittwoch vormittag zu einer öffentlichen Erwerbslosendemonstration aufgerufen. An die Kundgebung schloß sich ein Umzug an, der polizeilich begleitet wurde. In der Ottenbergstraße überfielen Demonstranten einen ihnen entgegenkommenden, an der Begleitung nicht beteiligten Polizeibeamten und versuchten, ihm die Waffen zu entreißen. Die begleitenden Polizeibeamten befreiten den eingeschlossenen Beamten und säuberten die Straße. Dabei wurde ein Beamter an der Hand verletzt, einem zweiten wurde das Seitengewehr entrissen. Später fanden sich die Demonstranten in einem geschlossenen Raum zu einer Versammlung zusammen, die aufgelöst wurde, da sie als eine unfriedliche angesehen werden mußte. Eine Durchsuchung der Teilnehmer förderte mehrere gefährliche Werkzeuge zutage. Drei Teilnehmer wurden zwangsgestellt. Nach der Auflösung bildeten sich kleine Umzüge, die wegen ihres unfriedlichen Charakters ebenfalls aufgelöst wurden.

★

Schwere Ausschreitungen in Worms.

× **Worms**, 14. Jan. Nachdem hier bereits am Montag eine große Erwerbslosenkundgebung stattgefunden hatte, war für heute eine neue Kundgebung angekündigt worden. Da Zuzug auswärtiger Kommunisten festgestellt wurde, traf heute nachmittag eine Hundertschaft der Darmstädter Schutzpolizei hier ein, die sofort die von den Demonstranten bereits besetzten Plätze und Straßen säuberte. Gegen Abend wurden bei einer neuerlichen Straßenräumung am Mainzer Tor Schüsse auf die Polizei abgegeben, wobei ein Beamter einen Beinschuß erhielt. Die Schutzpolizei erwiderte das Feuer. Ein junger Mann erhielt einen Kopfschuß, der seinen sofortigen Tod zur Folge hatte. Es handelt sich um den am 22. Mai 1914 in Worms geborenen Franz Horn. In den heutigen Vormittagsstunden wurde mit der Säuberung der abgeriegelten Straßen begonnen. In dem Hause Judengasse 6, anscheinend dem Hauptnest der Aufrührer, wurden verschiedene Patronenhülsen Kaliber 6,35 mm sowie ein plattgedrücktes Geschoß gefunden. Personen, die in der Judengasse keine Wohnung haben, aber dort getroffen wurden, wurden auf die Polizeiwache gebracht. Während der ganzen Nacht spielten durch die Judengasse die Scheinwerfer der Darmstädter Schutzpolizei. Starke Polizeistreifen durchziehen die belebtesten Straßen der Stadt und machen jede Zusammenrottung unmöglich. Der Verkehr auf den Straßen wickelt sich in gewohnter Weise ab. Verschiedentlich war die Polizei in den Vormittags- und Nachmittagsstunden des Mittwoch gezwungen, Personen, die den behördlichen Anordnungen nicht Folge leisteten, festzunehmen. Die Zwangsgestellten wurden jedoch nach kurzem Verhör wie-

der auf freien Fuß gesetzt. Immerhin befindet sich sowohl die im Laufe der Nacht angeforderte Darmstädter Polizeimannschaft wie auch die Wormser Polizei in Bereitschaft. Die Verletzten, die die Kämpfe in der Nacht gefordert haben, befinden sich wohl.

Verhaftung eines kommunistischen Abgeordneten.

× **Worms**, 15. Jan. Gegen den kommunistischen Abgeordneten des hessischen Landtags, Müller, der im Verlauf der gestrigen Arbeitslosenkrawalle in Worms zusammen mit anderen kommunistischen Demonstranten festgenommen wurde, ist, wie die „Vossische Zeitung" berichtet, richterlicher Haftbefehl erlassen worden. Es verlautet, daß Abgeordneter Müller der Führer einer ganz planmäßigen Aktion gegen die Polizei war. Müller wurde mit den anderen Verhafteten aus Worms abtransportiert.

★

Todesopfer eines Zusammenstoßes in Sachsen.

◆ **Chemnitz**, 15. Jan. Am Mittwoch kam es in Hartmannsdorf zwischen Erwerbslosen und streikenden Arbeitern einerseits und der Polizei andererseits zu schweren Zusammenstößen. Da die Polizei aus der Menge mit Steinen beworfen und auch sonst schwer bedrängt wurde, sah sie sich veranlaßt, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen. Nach den bisherigen polizeilichen Ermittlungen sind eine Person getötet, 15 schwer und 10 leicht verletzt worden. Es wird als wahrscheinlich angenommen, daß Verletzte oder sogar Tote von den Demonstranten mitgenommen wurden.

Zu diesen Zusammenstößen erfahren wir noch folgendes: In der Wirkwaren-Fabrik Recenia wird seit einigen Wochen gestreikt, jedoch ist ein Teil der Belegschaft nicht mit in den Streik getreten, sondern arbeitet weiter. In der letzten Zeit wurde daher von den streikenden Arbeitern wiederholt vor der Fabrik demonstriert, sodaß zum Schutze der Fabrik und der Arbeitswilligen ein kleines Polizeiaufgebot dorthin verlegt wurde. Auch Mittwoch mittag in der 12. Stunde veranstalteten die streikenden Arbeiter, die durch andere Erwerbslose Verstärkungen erhielten, vor der Fabrik wieder eine Kundgebung. Das Polizeiaufgebot, das nur aus 20 Mann bestanden haben soll, wurde beschimpft und mit Steinen beworfen und schließlich tätlich angegriffen. Die Demonstranten versuchten in die Fabrik einzudringen, und da das Polizeiaufgebot gegenüber den etwa 1200 bis 1500 Kundgebern machtlos war, die Bedrohung der Polizisten aber immer ärger wurde, machten diese nach langem Zögern schließlich von der Schußwaffe Gebrauch. Bei der Schießerei wurde eine unbeteiligte Person getötet und etwa 15 Kundgeber schwer und eine große Anzahl leichter verletzt. Die Ruhestörer ergriffen darauf die Flucht. Nach dem Eintreffen von Polizeiverstärkung aus Chemnitz herrscht jetzt wieder Ruhe.

Vier Tote.

✓ **Chemnitz**, 15. Jan. Nach den Angaben der Polizei hat sich die Zahl der bei den Zusammenstößen in Hartmannsdorf getöteten Arbeiter auf vier erhöht.

★

Ueberfall auf einen bayerischen Landtagsabgeordneten.

)(**Koburg**, 15. Jan. Wie der Polizeibericht meldet, wurde in der vergangenen Nacht gegen 12,45 Uhr der bayerische Landtagsabgeordnete Klinger (Sozialdemokrat) auf dem Wege nach seiner Wohnung von zwei Personen überfallen und mit einem harten Gegenstand derart mißhandelt, daß er vorübergehend besinnungslos zusammenbrach und sich später in ärztliche Behandlung begeben mußte. Es wird angenommen, daß der Ueberfall einen politischen Hintergrund hat. Die Täter konnten bisher noch nicht ermittelt werden.

Krach im Sklarek-Untersuchungs-Ausschuß.

Ungesetzliche Verwendung von Stiftungsgeldern.

○ **Berlin**, 15. Jan. Im Sklarek-Untersuchungsausschuß des Preußischen Landtages gab am Mittwoch Untersuchungskommissar Oberregierungsrat Tapolski einen ergänzenden Bericht über den Stand der gegen städtische Beamte und Ehrenbeamte eingeleiteten Disziplinarverfahren. Danach sind insgesamt 16 Disziplinarverfahren mit dem Ziele der Dienstentlassung eingeleitet worden. Ein Verfahren ist durch Tod erledigt. Elf Verfahren sind vorläufig durch Einleitung eines Strafverfahrens zurückgestellt. Im Gange sind Disziplinarverfahren gegen Oberbürgermeister Boeß, Stadtkämmerer Dr. Lange, Stadtrat Busch, Bürgermeister Kohl und gegen Oberbaurat Zangemeister. Im Falle des Oberbürgermeisters Boeß sind die mit dem Sklarek-Fall zusammenhängenden Vorwürfe durchweg geklärt. Es sind jedoch noch außerdem eine Anzahl Vorwürfe gegen Boeß erhoben worden, die noch der Klärung bedürfen. Das Verfahren kommt in kürzester Zeit zum Abschluß. Im Fall gegen Dr. Lange steht nur noch die Schlußverhandlung infolge Erkrankung aus. Auch das Verfahren gegen Stadtrat Busch stockt infolge nicht unerheblicher Erkrankung. Das Verfahren wird voraussichtlich nicht seinen normalen Verlauf finden, da Stadtrat Busch ehrenamtlicher Stadtrat ist und wahrscheinlich nicht wieder aufgestellt wird. Hierauf stellte der Abg. Koch (DN.) eine Reihe von Anfragen an den Untersuchungskommissar, die

allgemeines Aufsehen

im Ausschuß erregten. U. a. bat er um Aufklärung, ob den Oberbürgermeister Boeß ein Verschulden an der unverantwortlichen Finanzgebarung der Stadt Berlin treffe, und ob dem Untersuchungskommissar bekannt sei, daß Stiftungsgelder der Stadt Berlin, die nach den gesetzlichen Vorschriften unter keinen Umständen angegriffen werden dürfen, restlos von der Kämmereikasse verbraucht worden seien. Bei dieser letzten Frage entstand auf den Bänken der Linken starke Unruhe. Dem Abg. Koch wurde zugerufen, er verstoße gegen die Ausschußbeschlüsse, wonach diese Angelegenheit erst später zur Erörterung kommen solle. Weiter bat Koch Oberregierungsrat Tapolski um Auskunft, ob gegen den Stadtkämmerer ein Disziplinarverfahren

wegen der ungesetzlichen Verwendung der Stiftungsgelder

schwebe, und ob der Disziplinarbehörde bekannt sei, daß auch die Gelder der Wohnungsfürsorgegesellschaft im Betrage von 25 Millionen von der Kämmereikasse aufgenommen und nicht zurückgezahlt worden seien. Schließlich fragte er, ob die von den Bauunternehmern für Wohnungsbauten hinterlegten Gelder für den Anschluß an die Entwässerungs-, Gas- und Elektrizitätswerke anderweitig verwandt worden seien, sodaß die Anschlüsse bei fertiggestellten Bauten bei der Finanznot der Stadt Berlin jetzt nicht ausgeführt werden können.

Der Vorsitzende, Abg. Schwenk (K.) betonte hierzu, daß der letzte Teil der Frage des Abg. Koch nichts mehr mit der Sklarek-Angelegenheit zu tun habe und heute nicht zur Behandlung kommen solle. Der Abg. Riedel (D.) stellte fest, daß der Ausschuß in nichtöffentlicher Sitzung gegen eine Stimme beschlossen habe, diese Frage erst später zu erörtern.

Staatsanwaltschaftsrat Dr. Weißenberg berichtete über den Stand der Strafverfahren. Dem Stadtrat Benecke würde zur Last gelegt, daß er beim Abschluß der Sklarek-Verträge pflichtwidrig gehandelt und auch Vorteile von den Sklareks angenommen habe. Neben dem Verfahren gegen Rosenthal seien auch eingestellt worden die Verfahren gegen den Stadtv. Mühlmann und den Stadtbankdirektor Zetzel. Gegen Stadtkämmerer Dr. Lange und Stadtbankdirektor Lehmann sei ein Strafverfahren eingeleitet worden. Weiter erklärte der Staatsanwalt, daß die Voruntersuchung eingeleitet sei gegen die Brüder Sklarek, Buchhalter Lehmann, die Stadtbankdirektoren Schmidt, Hoffmann und Schröder, den Bürgermeister Schneider, Stadtrat Gäbel, Stadtrat Degener, Direktor Kahn, Stadtrat Schünning und Stadtamtsrat Sokoloffki; gegen Bürgermeister Kohl und Stadtrat Benecke dürfte die Voruntersuchung in den nächsten Tagen eingeleitet werden. Auf eine Frage des Vertreters des Justizministers erklärte Staatsanwaltschaftsrat Dr. Weißenberg, er habe nicht das Gefühl, daß durch die Tätigkeit des Ausschusses die Aufgaben der Staatsanwaltschaft in irgendeiner Weise beeinträchtigt würden.

Damit wird das Disziplinarverfahren seine Erledigung finden. Im Verfahren gegen Bürgermeister Kohl ist in den nächsten Tagen mit Einleitung eines gerichtlichen Verfahrens zu rechnen.

Oberegierungsrat Tapolski führte in seinem Bericht weiter aus, daß eine

Pensionierung keinen unmittelbaren Einfluß auf ein schwebendes Disziplinarverfahren

habe. Lediglich eine mittelbare Folge würde sie insofern haben, als dann der Spruch des Disziplinargerichts nicht mehr auf Dienstentlassung, sondern nur auf Aberkennung der Pension lauten könne. Der Zeuge behandelte schließlich noch die Entwicklung des Kreditverhältnisses zwischen den Sklareks und der Stadtbank. Die Kredite begannen am 18. Oktober 1924 mit 300 000 ℳ und hätten im Oktober 1929 eine Höhe von 10 050 000 ℳ erreicht. Um mehr als 600 000 ℳ habe sich die Schuld der Sklareks noch in der Zeit vom 13. September 1929 ab erhöht. Auch nach der Verhaftung der Sklareks sei ein allerdings nicht sehr erheblicher Betrag an die Firma ausgezahlt worden, und zwar etwa 33 000 ℳ, die auf Beschluß des Verwaltungsrates für Lohnzahlungen noch hergegeben worden seien.

Der Ausschuß vertagte darauf seine weiteren Verhandlungen auf Donnerstag.

★

Boeß amtsmüde.

¶ **Berlin**, 15. Jan. Wie die „B. Z." mitteilt, ist Oberbürgermeister Boeß in letzter Zeit wieder rechtleidend, sodaß er schon aus gesundheitlichen nicht wiederwünschen wollte. Boeß ist überzeugt, daß er straffrei ausgeht, und rechnet unbedingt nach Erledigung des Disziplinarverfahrens mit seiner Pensionierung. Eine Einigung der Stadt mit Boeß über seine vorzeitige Pensionierung löst aber in der Stadtverordnetenversammlung große Schwierigkeiten aus, da die Deutschnationalen, Kommunisten und Nationalsozialisten bisher dafür nicht zu haben waren. Daher wird seine Pensionierung unter diesen erschwerten Umständen wegen Krankheit nach den gesetzlichen Vorschriften erfolgen.

Vor dem Ende der Haager Konferenz.

Eine vorläufige Bilanz.

Von unserer Berliner Redaktion.

+ **Berlin**, 15. Januar. (Drahtb.)

Mit dem Ende der zweiten Haager Konferenz ist voraussichtlich Samstag zu rechnen. Die meisten zur Diskussion stehenden Punkte konnten erledigt werden. Nur einige Fragen sind noch offen. Hierzu gehört das Problem der Ostreparationen. Man hat zwar die Schuld Danzigs gestrichen, Oesterreich gegenüber scheint man etwas nachgiebig zu sein. Mit Bulgarien wird wahrscheinlich noch eine Einigung erzielt werden können. Ein Ausgleich mit Ungarn ist jedoch höchst unwahrscheinlich. Die bisherigen Verhandlungen mit den Vertretern Ungarns haben noch keinen Fortschritt gebracht. Die ungarische Delegation selbst setzt dem schärfsten Druck hartnäckigsten Widerstand entgegen. Wenn es demnach mit Ungarn nicht zu einer Einigung kommen sollte, so wird hierdurch der Young-Plan nicht berührt. Er tritt durch die Ratifikation der sechs Hauptmächte in Kraft.

Der deutschen Delegation muß man zubilligen, daß sie sich sehr wacker geschlagen und ihr Möglichstes getan hat, um für Deutschland zu retten, was in letzter Stunde noch möglich war. Das erkannte sogar der Pariser „Temps" an. Trotz dieser Bemühungen war es unvermeidlich, daß Deutschland in mehreren Fragen nachgeben mußte. So sind die Monatsraten des Young-Planes aus dem Reichshaushalt am 15. eines jeden Monats zu entrichten, während die deutsche Delegation für das Monatsende plädierte. Als Gegenleistung haben die Gläubigermächte auf Pfandrechte verzichtet. In der Frage des Moratoriums bleiben die Bestimmungen des Young-Planes unverändert. Der Streit um die Sanktionsformel wird in Form eines gegenseitigen Notenaustausches geschlichtet. Man kann zu diesem Sanktionsabkommen erst Stellung nehmen, wenn der genaue Wortlaut der Formel vorliegt. Einstweilen verlautet bezüglich des Rechtes auf Sanktionen, daß im Falle einer „Zerreißung" des Young-Planes durch Deutschland das System der bestehenden Verträge in Kraft treten und angewendet werden könnte. Da im französischen Text für das Wort „Zerreißung" das Wort „détruit" d. h. „zerstört" gewählt worden ist, so besteht die Möglichkeit, daß einmal Mißverständnisse auftauchen könnten. Welchen Wert übrigens die Franzosen dem angeblichen Recht auf Sanktionen beilegen, geht aus einem Artikel hervor, den der frühere Ministerpräsident Poincaré im „Excelsior" veröffentlicht. Poincaré erklärt, er gönne dem deutschen Reich alle Vorteile, die es von der Annahme des Young-Planes erwarte, aber nur unter der Voraussetzung, daß für den Fall eines Bruches der jetzt übernommenen Verpflichtungen durch Deutschland der Artikel 430 des Versailler Vertrages wieder in Kraft trete. Angeblich soll Tardieu den gleichen Standpunkt einnehmen. Selbstverständlich müßte für Deutschland eine solche Belastung des Young-Planes untragbar sein. Mit dem Friedenswillen ist es allem Anschein bei Poincaré heute noch genau so schlecht bestellt wie zu früheren Zeiten.

Von besonderer Bedeutung ist die Rolle, die der Reichsbankpräsident Dr. Schacht im Haag spielt und in Zukunft zu spielen gedenkt. Der Reichsbankpräsident soll bekanntlich gesetzlich verpflichtet werden, in die Bank für internationale Zahlungen einzutreten. Hieraus werden sich keine Schwierigkeiten ergeben, da Dr. Schacht bereits hat durchblicken lassen, er werde sich gesetzlichen Maßnahmen fügen. Eine andere Frage ist jedoch, ob er nicht nach einem bestimmten Plan gehandelt hat und ob er nicht noch einen Vorstoß machen wird. In diesem Zusammenhang wird auf amerikanische Finanzkreise hingewiesen, die angeblich hinter dem Reichsbankpräsidenten stehen sollen. Es wäre daher am Platze, wenn Dr. Schacht den Schleier, der über seinem Geheimnis liegt, etwas lüften wollte. Solange über die Rolle der amerikanischen Finanzkreise keine Klarheit herrscht, lassen sich die tieferen Gründe, die Schacht zu dem Schritt bewegt haben, nicht erkennen. Es wird auch Aufgabe der Reichsregierung sein, zur Klärung dieser höchst wichtigen Angelegenheit ihr Teil beizutragen.

Die Rückkehr der deutschen Delegation nach Berlin wird für Sonntag erwartet. Fraglich ist es, ob der Reichstag zu dem in Aussicht genommenen Termin, nämlich am 21. Januar, zusammentreten wird. Präsident Loebe ist augenblicklich nicht in Berlin. Bevor die Young-Gesetze an den Reichstag gelangen, gehen sie dem Reichsrat zu, und wahrscheinlich wird sich auch der Auswärtige Ausschuß des Reichstages vorher damit beschäftigen. Die Entscheidungen, die die Delegation im Haag zu treffen hatte, waren schwer. Die Beschlüsse, die die Parlamente fassen müssen, sind nicht leichter. Sie binden Deutschland und zwar nicht nur das Deutschland von heute, sondern auch das Deutschland von morgen. Wenn die Reichsregierung und die hinter ihr stehenden politischen Kräfte die Annahme der Haager Beschlüsse der deutschen Volksvertretung empfehlen, dann geschieht es aus der Erkenntnis, daß im Augenblick ein anderes nicht möglich ist.

★

Reichsbank und B. J. Z.

:: **Haag**, 15. Jan. In der heutigen Nachmittagssitzung der sechs Mächte wurde die vorbereitende Formel zur Regelung der Sanktionsfrage unverändert angenommen. In der gleichen Sitzung ist das Einverständnis der Gegenseite zu den von deutscher Seite getroffenen Vorbereitungen zur Schaffung gesetzlicher Maßnahmen erteilt worden, die eine Beteiligung der Reichsbank an der Bank für internationalen Zahlungsausgleich sicherstellen. Endlich ist eine Vereinbarung darüber zustande gekommen, daß die international gebundenen Bestimmungen des künftigen Reichsbankgesetzes entsprechend deutschen Wünschen auf einem weniger langwierigen und komplizierten Wege geändert werden können.

★

Schacht fügt sich.

)(**Haag**, 15. Jan. Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat, wie von der deutschen Abordnung mitgeteilt wird, zu der am Mittwoch beschlossenen gesetzlichen Verpflichtung der Reichsbank zur Teilnahme an der BIZ seine loyale Mitarbeit zugesichert. Durch diesen Beschluß der Abordnung, der nunmehr auch die ausdrückliche Billigung des Reichsbankpräsidenten gefunden hat, ist jetzt auch die persönliche Teilnahme Schachts an der Leitung der BIZ als gesichert anzusehen.

★

Fast vollständige Klärung.

):(**Haag**, 15. Jan. In der heutigen Nachmittagssitzung der sechs Mächte wurde festgestellt, daß alle offenen Fragen geklärt seien bis auf die Mobilisierungsfrage und auf einen Punkt des auf die Liquidierung der Vergangenheit bezüglichen Fragenkomplexes. Diese beiden Punkte werden in der morgen vormittag 11,30 Uhr beginnenden Sitzung zur Behandlung kommen, und es besteht bei den sechs interessierten Mächten der allgemeine Wunsch, diese Fragen noch im Laufe des morgigen Tages endgültig zu bereinigen. Bereits bei dem Essen, das heute abend die deutsche Delegation den französischen Ministern gibt, werden die deutschen und die französischen Minister Gelegenheit nehmen, die Erledigung dieser Fragen weiter zu betreiben. Im Laufe des Freitags wird eine Vollsitzung des Ausschusses für die deutschen Reparationen stattfinden, an der also nicht nur die sechs einladenden Mächte, sondern auch die kleineren Gläubigermächte teilnehmen werden. In dieser Sitzung wird die zwischen den sechs einladenden Mächten erzielte Vereinbarung, die morgen abend vollzogen werden dürfte, vorgelegt werden.

★

Sonnabend Schluß.

◇ **Haag**, 15. Jan. Obwohl in den osteuropäischen Reparationsfragen noch keine Einigung erzielt werden konnte, besteht bei den sechs einladenden Mächten die feste Absicht, die Haager Konferenz am Sonnabend nachmittag in einer Plenarsitzung zu beenden.

Eine fadenscheinige Ausrede.

Von unserer Berliner Redaktion.

× **Berlin**, 15. Jan. (Drahtb.)

Die Jahresversammlung des Reichslandbundes, die sonst regelmäßig während der sogenannten Grünen Woche in Berlin stattzufinden pflegte, ist auffallenderweise in diesem Jahr abgesagt worden. Nach außen hin wird der Ausfall der Jahresversammlung mit der Notlage der Landwirtschaft begründet. Diese Begründung ist aber umso weniger stichhaltig, als gerade die Notlage der Landwirtschaft allen Anlaß bieten sollte, nun erst recht auf die Forderungen der Landwirtschaft aufmerksam zu machen. Der wahre Grund der Absage der Jahresversammlung des Reichslandbundes ist vielmehr darin zu suchen, daß in seinen eigenen Reihen sehr starke Spannungen vorhanden sind, die durch die Beteiligung an dem Volksbegehren und durch die spätere Abkehr vom Hugenbergschen Reichsausschuß ausgelöst wurden. Die Leitung des Reichslandbundes befürchtet offensichtlich, daß bei einer öffentlichen Tagung die inneren Gegensätze zum offenen Ausdruck kommen werden.

Die Verlängerung der Dauer des Mieterschutzgesetzes.

Von unserer Berliner Redaktion.

× **Berlin**, 15. Jan. (Drahtb.) Die Reichsregierung hat dem Reichstag den Entwurf über eine Verlängerung der Geltungsdauer des Mieterschutzgesetzes vorgelegt. Danach soll das Gesetz, das am 31. März 1930 abläuft, bis zum 30. Juni 1932 verlängert werden, da die Gründe, die bereits im Jahre 1927 für eine Fortdauer des Gesetzes geltend gemacht worden sind, auch heute noch zutreffen.

Gesetzentwurf über Beamtenvertretungen.

× **Berlin**, 15. Jan. Dem Reichstag ist jetzt der Gesetzentwurf über Beamtenvertretungen zugegangen. Der Entwurf sieht bei den Dienstvorgesetzten unterster Instanz die Beamtenausschüsse vor, gestattet aber bei Bedarf die Einrichtung von Bezirksbeamtenausschüssen bei Dienstvorgesetzten mittlerer Instanz. Außerdem wird eine paritätisch aus Vertretern der Verwaltung und der Beamtenausschüsse zusammengesetzte unter unparteiischem richterlichen Vorsitz stehende Einspruchskammer für Beamtenvertretungen gebildet. Diese soll u. a. mitwirken bei Versetzungen und anderen Maßnahmen gegen ein Mitglied der Beamtenvertretung, die sein Ausscheiden aus der Beamtenvertretung zur Folge haben.

Die badische Regierungserklärung.

:: **Karlsruhe**, 14. Jan. Im Badischen Landtag hat heute Staatspräsident Dr. Schmidt Teile des Voranschlages für 1930-31 mit einer Regierungserklärung vorgelegt, die in ihren einleitenden Worten ein Treuebekenntnis zum Reich und zur republikanischen Verfassung ablegt und der Achtung und Verehrung für den Reichspräsidenten Ausdruck gibt. Die badische Regierung, so heißt es weiter, werde die Reichsregierung bei Fortsetzung ihrer Politik der Verständigung unterstützen und erwarte, daß finanzielle Erleichterungen, soweit möglich, zur Senkung der drückenden Steuern verwendet werden würden. Die badische Regierung werde den von dem Unterausschuß der Länderkonferenz empfohlenen Standpunkt mit Nachdruck vertreten, daß Baden zu den Ländern alter Art mit eigener Staatlichkeit gehören müsse. Hinsichtlich des Staatsvoranschlages führte der Staatspräsident aus, daß ein endgültiges Finanzgesetz erst nach Beendigung der Reichsfinanzreform möglich sei, denn diese müßte, so wie sie geplant sei, die gesamte Grundlage der Ländereinnahmen erschüttern. Die badische Regierung sei bezüglich der Reichssteuerreform der Meinung, daß ein Dotationsbudget abzulehnen sei. Die Länder sollten und müßten vielmehr eigene Steuern haben. Ebenso bestehe gegen die Senkung der Länderanteile an der Einkommensteuer von 75 auf 60 Prozent und an der Umsatzsteuer von 30 auf 25 Prozent die schwersten Bedenken. Der Staatspräsident unterstrich zum Schluß das Recht des Landes Baden auf die Eisenbahnrestabfindung, die auf einem feierlichen Staatsvertrage zwischen dem Reich und den Eisenbahnländern beruhe.

Grubenunglück in Oberschlesien.

((**Beuthen**, 15. Jan. Am Mittwoch nachmittag machte sich in Oberschlesien eine starke Erderschütterung bemerkbar, die auch in Königshütte jenseits der Grenze und weit im Westen von Beuthen bemerkt wurde. Als Folgeerscheinung sind einige Strecken und Pfeiler auf der Heinitz-Grube der deutschen Giesche-Gesellschaft zu Bruch gegangen. Da Belegschaft gefährdet war, ist sofort mit den Bergungsarbeiten begonnen worden. Die Revierbeamten und die Betriebsführer haben festgestellt, daß etwa 22 Mann an der gefährdeten Stelle beschäftigt waren. Davon sind zehn Personen völlig unverletzt, sechs mit leichten Verletzungen lebend zutage gefördert worden, während die restlichen sechs Mann bisher noch nicht geborgen worden sind.

★

Explosion in einem amerikanischen Kohlenbergwerk.

):(**Birmingham** (Alabama), 14. Jan. In einem etwa 60 Kilometer von hier entfernten Kohlenbergwerk erfolgte eine Explosion, bei der sechs Bergleute getötet und eine größere Anzahl verletzt wurden.

Kampf zwischen einem Ringer und acht Polizisten.

◆ **Kopenhagen**, 15. Jan. In der vergangenen Nacht kam es hier zu einem heftigen Kampf zwischen einem bekannten dänischen Ringer und einem größeren Polizeiaufgebot. Der Schwergewichtsringer Olsen besuchte eine Gastwirtschaft und verunglimpfte dort mehrere Besucher. Als er zum Verlassen des Lokals aufgefordert wurde, weigerte er sich zunächst, sodaß die Polizei herbeigerufen werden mußte. Olsen folgte dann den beiden erschienenen Beamten auf die Straße. Dort versetzte er einem von ihnen einen so heftigen Schlag ins Gesicht, daß dem Beamten der Kinnbacken gebrochen wurde. Darauf flüchtete Olsen. Während der eine Beamte ihn verfolgte, alarmierte schließlich der Verletzte mehrere Kameraden. Schließlich wurde Olsen in einer Sackgasse gestellt. Wie ein Rasender wehrte er sich, wobei auf beiden Seiten viel Blut floß. Endlich gelang es den Beamten — acht an der Zahl —, Olsen zu überwältigen und ihn an Händen und Füßen gefesselt nach der nächsten Polizeiwache zu bringen. Olsen wurde sofort einer „Spiritusprobe" unterzogen, die aber negativ ausfiel, was für den Ringer umso ungünstiger sein dürfte.

Aus der Heimat.

Parteinachrichten.

Zentrumspartei des Amtsbezirks Liedern-Werth.

* **Bocholt, 16. Januar.** Die bereits angesagte Schulungstagung findet nunmehr bestimmt am kommenden Sonntag, den 19. Januar, nachmittags 4 Uhr, im kath. Gesellenhause, Kolpingstraße, (oberer Saal, Eingang 3) statt. Es spricht auf dieser Tagung Herr Reichstagsabgeordneter Borneseld-Ettmann, Wadersloh, über die akuten Fragen der Reichs- und Staatspolitik. Alle interessierten Parteifreunde aus den einzelnen Gemeinden des Amtes Liedern-Werth, insbesondere die Vorstandsmitglieder, Vertrauensleute und die kommunalen Vertreter, sind zu dieser Tagung eingeladen.

Stadtverordneten-Sitzung.

* **Bocholt, 16. Januar.** Die Stadtverordnetenversammlung ist auf Montag nachmittag 5 Uhr zu einer Sitzung einberufen. Die Tagesordnung umfaßt folgende Punkte:

1. Beseitigung der bisherigen Geschäftsanweisung durch die Stadtverordnetenversammlung.
2. Wahlen der unbesoldeten Mitglieder des Gemeindevorstandes (Stadträte), der Schuldeputation, des Schulvorstandes der Berufsschulen, des Schauamtes, des Ausschusses Schützenhauses, des Theaterausschusses, der Beisitzer des Mietseinigungsamtes, des Bezirksfürsorgeausschusses, des Jugendamtausschusses, des Gesundheitsamtsausschusses. Ferner Ersatz für den ausscheidenden Stadtverordneten Rudolph als Mitglied der Deputation der Betriebswerke und der Verwaltung des Feuerlöschwesens.
3. Umformung der bereits für beschlossene Projekte aufgenommenen Darlehen.
4. Grundstücksverkäufe.
5. Fruchtbäumepflanzung.
6. Vertragsabschluß mit der Reichsbahn betr. Uebernahme der Ewaldstraße.

Arbeitsjubiläen.

* **Bocholt, 16 Januar.** Am 4. Januar 1930 konnten die Arbeiterinnen Anna Wissen, Frau Wwe. te Uhle, Frau Wwe. Stomp, auf eine 25 jährige Tätigkeit bei der Firma Baumwollspinnerei Ludwig Schwartz Akt.-Ges. zurückblicken. Die Zahl der Jubilare der Firma erhöht sich damit auf 34. Von diesen konnten begehen ihr 50. jähriges Arbeitsjubiläum 2, ihr 40 jähriges Arbeitsjubiläum 6, ihr 30 jähriges Arbeitsjubiläum 2, ihr 25 jähriges Arbeitsjubiläum 24. Unter den Letztgenannten befanden sich 7 Arbeiterinnen; 12 Jubilare sind heute noch bei der genannten Firma beschäftigt.

Geflügel-Ausstellung in Bocholt.

e. **Bocholt, 16. Januar.** In der am Sonntag abgehaltenen Versammlung des Geflügelzuchtvereins wurden seitens der hiesigen Mitglieder zahlreiche Tiere für die Ausstellung angemeldet. Auch von auswärts sind die Anmeldungen in großer Zahl eingegangen, so daß man schon jetzt mit einer guten Beschickung der Schau rechnen kann. Namentlich wird auch die Industrie mit Brutmaschinen, Aufzuchtgeräten und Stallungen sehr zahlreich vertreten sein. Futtermittel werden dieses Mal mehr als in anderen Jahren zur Ausstellung gelangen. Einen ausführlichen Bericht über die zur Ausstellung kommenden Tiere, Geräte und Futtermittel werden wir in der nächsten Woche bringen. Wir bitten schon heute die Bewohner von Bocholt und Umgegend, sich den Samstag nachmittag oder Sonntag (den 25. bezw. 26. ds. Mts.) für den Besuch der Geflügel-Ausstellung freizuhalten. Um auch den Züchtern, die eine rechtzeitige Anmeldung versäumten, noch Gelegenheit zu geben, die Ausstellung zu beschicken, ist der Anmeldetermin bis zum 17. Januar verlängert worden. Formulare dafür sind noch bei Herrn Paul Wirtz zu haben. Gemäß allgemeinem Beschluß ist das Eintrittsgeld auf 1,— RM. ermäßigt worden, damit jeder Züchter Mitglied des Geflügelzuchtvereins werden kann.

Jahresbilanz 1929 des Sport- und Spielverein „Einigkeit".

tl. **Bocholt, 16. Januar.** Am vergangenen Sonntag morgen fand die sehr gut besuchte Jahres-Generalversammlung statt, die vom ersten Vorsitzenden Koll. Heuting eröffnet und geleitet wurde. Nachdem die ersten Punkte der Tagesordnung Protokollverlesung, Aufnahme und Beitragsfrage erledigt waren, wurde über die auf der vorigen Versammlung gefaßten Beschlüsse der Hausklassierung sowie Beitragserhöhung nochmals abgestimmt und wurden beide Punkte angenommen. Die rückständigen Beiträge des Jahres 1929 werden in den nächsten Tagen aufgeholt werden. Sodann erstattete Kollege Lammers den Jahresbericht und an Hand desselben konnte man feststellen, daß der Sp. u. Sp. Einigkeit in sportlicher wie geselliger Hinsicht im verflossenen Jahre ein beträchtliches Stück weitergekommen ist. Aber noch zeigten sich manche Lücken, und diese auszufüllen ist die Arbeit des kommenden Jahres. Koll. Bösing als Revisor erstattete den Kassenbericht und hier mußte leider festgestellt werden, daß die Ausgaben die Einnahmen beträchtlich überschritten hatten, und darum heißt die Parole des Jahres 1930, sparen und nochmals sparen. Dem 1. Kassierer Kollege Eschot wurde für seine korrekte Kassenverwaltung einstimmig Entlastung erteilt. Alles in allem zusammengefaßt, kann der genannte Verein am Jahresende auf ein arbeitsreiches, aber auch in bezug auf sportlichem Gebiete erfolgreiches Jahr zurückblicken. Die nun folgende Vorstandswahl, wohl der Hauptpunkt des Tages, zeigte nach Beendigung folgendes Bild: 1. Vorsitzender Heuting, 2. Franz Bösing, 1. Schriftführer Th. Lammers, 2. Laur. Jungblut, 1. Kassierer Bernh. Eschot, 2. Wilh. Baumann, 1. Stemmwart Gustav Peters, 2. Herm. Tepasse, 1. Ringwart Joh. Schröer, 2. Th. Hülsken, Jugendleiter 1. Th. Wigger, 2. Gottfried Andrießen, 3. Heinr. Hauding, Gerätewart Wilh. Finkenberg, Wart der Leichtathletik Joh. Huse. Außerdem 3 Fahnenoffiziere. 4 Mann im Vergnügungsausschuß, 2 Kassenrevisoren. Nach getätigter Neuwahl ergriff der erste Vorsitzende das Wort und dankte dem alten Vorstand für seine segensreiche Arbeit im verflossenen Jahre und ermahnte den neuen, geschlossen Hand in Hand und frohen Mutes weiterzuarbeiten zum Blühen und Gedeihen des Sport- und Spielverein „Einigkeit".

Bekämpfung der Raupenplage.

p. **Bocholt, 15. Januar.** Leider ist es bisher noch nicht gelungen, den hier vor einigen Jahren aufgetretenen Obstbaumschädling (Goldafter) zu vertilgen. Selbst die strenge Winterkälte des vorigen Jahres haben die eingesponnenen Raupen überstanden. Viele Bäume, Sträucher und besonders Hecken sind noch mit Raupengespinsten behangen. Wenn diese nicht gründlich entfernt und verbrannt werden, ist sowohl die Obsternte als auch das Wachstum der Bäume gefährdet. Da durch die Weiterverbreitung unermeßlicher Schaden angerichtet würde, so liegt die Bekämpfung im allgemeinen Interesse. Die Polizeiverwaltung hat daher die im Anzeigenteil der heutigen Ausgabe veröffentlichte Anordnung erlassen, nach der die Raupengespinste bis zum 1. März ds. Js. auszuschneiden und zu verbrennen sind. Hoffentlich tut jeder seine Pflicht, sonst werden alle aufgewendeten Mühen und Kosten vergeblich sein.

Kreistagssitzung des Kreises Rees.

w. **Wesel, 16. Januar.**

Gestern nachmittag fand im Kreishause zu Wesel die erste Sitzung des neuen Kreistages des Kreises Rees unter dem Vorsitz des Herrn Landrats Dr. Schneemann statt. Der Vorsitzende begrüßte die neuen Kreistagsabgeordneten und sprach die Hoffnung aus, daß man im alten Sinne zum Wohle der Bevölkerung weiter arbeiten werde. Anschließend gab der Landrat einen kurzen Ueberblick über die vom alten Kreistag geleistete Arbeit und die wichtigsten von demselben gefaßten Beschlüsse. Was die am 1. 8. 1929 in Kraft getretenen Umgemeindungen angehe, so habe der Kreis Rees dabei ziemlich gut abgeschnitten, weil er nicht nur seinen alten Bestand erhalten, sondern auch eine wichtige Wasserstraße, nämlich die Lippe-Kanalmündung gewonnen habe. Hierauf stellte der Vorsitzende die rechtzeitige Einladung und Beschlußfähigkeit des Kreistages fest. Von 28 Kreistagsabgeordneten waren 27 vertreten. Dann schritt man zu Punkt 1 der Tagesordnung:

Einführung und Verpflichtung der neuen Abgeordneten.

Das Wahlergebnis vom 17. November 1929 ist am 26. November 1929 öffentlich bekannt gemacht worden. Als neue Mitglieder wurden vom Vorsitzenden eingeführt: Schütt, Gerhard, Architekt, Emmerich; Schmithausen, Johann, Landwirt, Wemberbruch; Meyer, Adolf, Molkereibesitzer, Millingen; Wächter, Lorenz, Vorarbeiter, Rees; Groen, August, Klempner, Emmerich; Lehmke, Franz, Veterinärrat, Emmerich; Exting, Heinrich, Malermeister, Rees; Willemsen, Wilhelm, Hotelier, Wesel; Claus, Franz, Friseurmeister, Wesel.

Beschlußfassung über die Gültigkeit der Kreistagswahl.

Einsprüche gegen die Gültigkeit der Wahl sind nicht erhoben worden. Bei der am 17. November 1929 stattgefundenen Neuwahl des Kreistages sind nach Feststellung des Wahlergebnisses auf die einzelnen Wahlvorschläge folgende Stimmen entfallen: Auf Wahlvorschlag 1 = Zentrum 16 507; auf Wahlvorschlag 2 = Sozialdemokratische Partei Deutschlands (S. P. D.) 4253; auf Wahlvorschlag 3 = Kommunistische Partei 1290; auf Wahlvorschlag 4 = Deutsche Volkspartei 4010; auf Wahlvorschlag 5 = Deutschnationale Volkspartei 809; auf Wahlvorschlag 6 = Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei und Bauern) 3574; auf Wahlvorschlag 7 = Deutsche demokratische Partei 957. Die Gesamtzahl der im Kreise abgegebenen gültigen Stimmen beträgt 34 400. Diese Zahl geteilt durch die nach § 34 des Wahlgesetzes für die Provinziallandtage und Kreistage festgestellte Gesamtzahl der Kreistagsabgeordneten = 28 ergibt die Verteilungszahl von 1229. Jedem Wahlvorschlage werden zunächst soviel Sitze zugeteilt, als sich die Zahl der für ihn abgegebenen gültigen Stimmen durch die Verteilungszahl voll teilen läßt. Demnach entfallen auf: Wahlvorschlag 1 Zentrum 13 Sitze 530 Reststimmen; Wahlvorschlag 2 S. P. D. 3 Sitze 566 Reststimmen; Wahlvorschlag 3 K. P. 1 Sitz 61 Reststimmen; Wahlvorschlag 4 D. V. P. 3 Sitze 323 Reststimmen; Wahlvorschlag 5 D. N. V. P. 3 Sitze 122 Reststimmen; Wahlvorschlag 6 W. P. 2 Sitze 1016 Reststimmen; Wahlvorschlag 7 D. D. P. 0 Sitze 957 Reststimmen. Die übrigen Sitze werden denjenigen Wahlvorschlägen zugeteilt, die die höchste Zahl von Reststimmen aufweisen. Das sind: Wahlvorschlag 6 W. P. 1 Sitz, Wahlvorschlag 7 D. D. P. 1 Sitz; Wahlvorschlag 2 S. P. D. 1 Sitz; im ganzen erhalten also: Wahlvorschlag 1 Zentrum 13 Sitze, Wahlvorschlag 2 S. P. D. 4 Sitze, Wahlvorschlag 3 K. P. 1 Sitz, Wahlvorschlag 4 D. V. P. 3 Sitze, Wahlvorschlag 5 D. N. V. P. 3 Sitze, Wahlvorschlag 6 W. P. 3 Sitze, Wahlvorschlag 7 D. D. P. 1 Sitz.

Die Gültigkeit der Wahl wurde festgestellt, da sich Einsprüche nicht erhoben hatten.

Bevor dann in der Tagesordnung weiter fortgeschritten wurde, schilderte der Landrat die wirtschaftliche Lage des Kreises. Die Zahl der Arbeitsuchenden und Unterstützungsempfänger ist im Kreis so groß, daß man beinahe von einer Wirtschaftskatastrophe sprechen kann. Dabei steigen die zwangsläufigen Ausgaben des Kreises immer mehr, so daß schon im März ds. Js. mit Nachtragsumlage gerechnet werden muß. Das Vermögen des Kreises beträgt 6 Millionen RM., denen 2 Millionen RM. an Schuldenbestand, davon 1,4 Millionen RM. für kurzfristige Anleihen gegenüberstehen. Dann kam der Vorsitzende auf die Entziehung des amtlichen Charakters als Kreisblatt für die „Weseler Zeitung" zu sprechen. Entschieden wandte sich der Landrat gegen die Behauptung der „Weseler Zeitung", als ob die Entziehung des Charakters als amtliches Kreisblatt aus parteipolitischen Gründen erfolgt sei. Lediglich die Entscheidung der Regierung habe für diese Maßnahme den Ausschlag gegeben.

Wahl des Kreisausschusses.

Der Kreisausschuß besteht aus dem Landrat als Vorsitzenden und 6 Mitgliedern, die vom Kreistage aus der Zahl der Kreisangehörigen gewählt werden. Wählbar sind alle zum Kreistage wählbaren Personen. Die Wahl erfolgt entweder nach den Grundsätzen der Verhältniswahl oder durch Zuruf. Dem bisherigen Kreisausschusse gehörten als Mitglieder an: Aff, Dr. jur., Johannes, Bürgermeister, Emmerich; Baumann, Robert, Landwirt, Reeserward; Küster, Fritz, Landrichter a. D., Hamminkeln; Gaulke, Fritz, Angestellter, Wesel; Poppelbaum, Ludwig, Bürgermeister, Wesel; Spindler, Heinrich, Arbeitsvermittler, Wesel.

Die Wahl des neuen Kreisausschusses erfolgte nach dem Verhältniswahlrecht in geheimer Abstimmung. Es erhielten an Stimmen das Zentrum 14, die S. P. D. 4, die Vereinigten Deutsche Volkspartei, Deutschnationale Volkspartei und Wirtschaftspartei 9. Somit erhielten das Zentrum 3 Sitze, die Vereinigten 2 Sitze und die S. P. D. 1 Sitz. Vom Zentrum wurden gewählt: Landwirt Baumann, Reeserward, Bürgermeister Dr. Aff, Emmerich, Arbeitsvermittler Spindler, Wesel; von den Vereinigten: Landrichter a. D. Küster, Hamminkeln, Anstreichermeister Exting, Rees; von der S. P. D.: Angestellter Gaulke, Wesel.

Wahl der Kreisdeputierten.

Zur Stellvertretung des Landrates sind nach § 31 der Kreisordnung für die Rheinprovinz vom Kreistage aus den zum Kreistage Wählbaren 2 Kreisdeputierte zu wählen. Die Festsetzung der Wahldauer ist den neuen Gemeindeverfassungsgesetzen vorbehalten worden. Die bisherigen Kreisdeputierten waren: Küster, Fritz, Landrichter a. D., Hamminkeln; Poppelbaum, Ludwig, Bürgermeister, Wesel.

Neugewählt wurden durch Zuruf Postinspektor Angenendt (Zentrum) Wesel und Bürgermeister Poppelbaum (D. V. P.), Wesel. Auf Antrag des Zentrums wurde mit 14 Stimmen des Zentrums und der Demokraten gegen 13 Stimmen der Vereinigten und der S. P. D. beschlossen, dem Herrn Oberpräsidenten vorzuschlagen, daß Herr Angenendt an erster Stelle den Landrat vertreten soll.

Wahl von Mitgliedern des Kreisjugendamtes.

Die Mitglieder des Jugendamtes bestehen nach der Satzung außer dem Vorsitzenden und dem leitenden Fachbeamten aus zehn in der Jugendpflege erfahrenen Männern und Frauen. Von diesen werden vier vom Vorsitzenden des Kreisausschusses auf Grund von Vorschlägen der im Kreise wirkenden freien Vereinigungen, welche sich ganz oder vorwiegend mit der Förderung der Jugendwohlfahrt befassen oder der Jugendbewegung dienen, ernannt. Oeffentliche Aufforderung zur Namhaftmachung solcher Personen ist ergangen. Weiter gehören dem Jugendamt an: a) je ein evangel. und ein kath. Geistlicher, die von den zuständigen Stellen ihrer Religionsgesellschaften ernannt oder gewählt werden. Namhaft gemacht sind Pfarrer Hunger, Wesel und Pfarrer Schallenberg, Dornick. b) 2 Lehrpersonen (Lehrer und Lehrerin), die vom Kreistag nach Mehrheitsbeschluß gewählt werden. Bisher waren Mitglied: Fräulein Konrektorin Drees, Elten und Hauptlehrer Heinen, Brünen. Für letzteren ist seitens der evangel. Lehrerschaft Lehrer Gustav Rohrer, Lackhausen 65 vorgeschlagen. c) 2 vom Kreistag auf Grund der für die Wahlen von Kreisehrenbeamten geltenden Vorschriften gewählte, in der Jugendwohlfahrt erfahrene und bewährte Männer und Frauen. Mitglieder waren bisher: Fräulein Tacke, Obrighoven und Kreisfürsorgerin Schwester Maria Krapohl, Rees.

Durch Zuruf wurden sowohl Fräulein Krapohl, Rees und Fräulein Tacke, Obrighoven, wiedergewählt.

Aenderung der Satzung des Kreisjugendamtes.

Die Satzungen sollen entsprechend der Neufassung des Gesetzes, d. h. der § 7 der Satzung des Kreisjugendamtes muß wie folgt geändert werden: „Die Amtsdauer der Mitglieder des Kreisjugendamtes endet zugleich mit dem Ablauf der jeweiligen Amtsdauer der Mitglieder des Kreistages des Kreises Rees. Mit dem Ablauf dieser Frist endet auch das Amt der Ersatzleute. Die Mitglieder und Ersatzleute bleiben jedoch bis zur erfolgten Neuwahl des Kreisjugendamtes im Amte."

Die Aenderung wurde ohne Debatte einstimmig angenommen.

Finanzierung der Errichtung des Kreisfruchthofes zu Wesel.

Hierzu hat der Kreistag in seiner Sitzung vom 24. Mai 1929 gelegentlich der Beratung des außerordentlichen Haushaltsplanes 1929 beschlossen:

„Für die Förderung des Treibgemüsebaues wird entsprechend der Praxis der Vorjahre ein Betrag von 40 000 Reichsmark bereitgestellt. Zwecks Schaffung einer Gemüseveredelungsanlage in Wesel wird der Kreisausschuß ermächtigt, mit der Stadt Wesel den vorgelegten Vertrag über die Anmietung von Gebäuden und Geländeteilen der Kaserne des ehemaligen Feldartillerie-Regiment Nr. 7 abzuschließen; für die Ausführung des Projektes aus den bereitgestellten 40 000 RM. unter Berücksichtigung des Gesamtkostenaufwandes und der von dritter Seite geleisteten Zuschüsse eine Kreishilfe zu bewilligen und deren Höhe selbständig zu bestimmen; ferner zwecks beschleunigter Ausführung des Projektes die erforderlichen Bauten und Umbauten im Einvernehmen mit der Vereinigung der Gemüsezüchter des Kreises Rees e. G. m. b. H. vorzunehmen und aus laufenden Mitteln vorschußweise zu finanzieren; die geschaffene Anlage der Gemüsezüchtervereinigung bezw. dem an ihre Stelle tretenden demnächstigen Kreisverband der Gemüse-, Obst- und Eierverwertungsgenossenschaften des Kreises Rees mietweise zu überlassen und endlich erforderlichenfalls diesem Verband beizutreten und wenn nötig Geschäftsanteile zu erwerben und Haftung zu übernehmen".

Die auf Grund des vorstehenden Beschlusses mit einem Kostenaufwand von rund 50 000 RM. geschaffene Anlage hat sich bereits bei der provisorischen Inbetriebnahme als unzureichend erwiesen. Der Kreisausschuß hat daher, vorbehaltlich der Zustimmung des Kreistages und im Benehmen mit den Interessenten einer Erweiterung zugestimmt, deren Kosten mit rund 25 000 RM. veranschlagt sind. Der Gesamtkostenaufwand für die bisher in Angriff genommenen Arbeiten beziffert sich auf rund 70 000 Reichsmark. An Beihilfen sind 20 000 RM. vom Staat und 3000 RM. von der Provinz bewilligt und gezahlt worden. Es bleibt daher noch ein Kostenaufwand von 47 000 RM. ungedeckt. Da der Kreis vertraglich die Schaffung und Finanzierung der Anlage übernommen hat, ist auf Grund des Beschlusses vom 24. Mai 1929 à Konto der für Förderung des Treibgemüsebaues bereitgestellten 40 000 RM. ein Darlehen von 35 000 RM. bei der städt. Sparkasse zu Wesel aufgenommen worden. Nach dem aufgestellten Finanzierungsplan hat der Kreis für die Verzinsung und Tilgung des Anlagekapitals sowie an Miete in den ersten 3 Jahren 5450 RM. und nach Fortfall des Zinsenverbilligungszuschusses 6125 RM. jährlich aufzubringen. (Lfd. Unterhaltung, Steuern usw. gehen laut Vertrag zu Lasten der Beiling.) Die gesamte Anlage wird der „Beiling Wesel e. G. m. b. H." gegen eine Jahresmiete von 6000 RM. zur Verfügung gestellt, so daß eine Belastung des Kreishaushalts durch den Kapitaldienst kaum eintritt. Nachdem im Interesse einer beschleunigten Fertigstellung der Anlage das 35 000 RM.-Darlehen à Konto des zur Förderung des Frühgemüsebaues (Schaffung von Treibhäusern und Mistbeetanlagen) bereitgestellten Betrages von 40 000 RM. aufgenommen ist, d. h. also für diesen Zweck nur noch 5000 RM. zur Verfügung stehen, ist es erforderlich, diesen im außerordentlichen Etat vorgesehenen Betrag unter entsprechender Erweiterung des Verwendungszweckes auf die Summe von 75 000 RM. zu erhöhen und den Kreisausschuß zu ermächtigen, diesen Betrag im Anleihewege zu möglichst günstigen Bedingungen eventl. auf Goldmark oder Feingoldbasis verfügbar zu machen.

Der inzwischen unter dem Namen „Beiling — Wesel e. G. m. b. H." auf genossenschaftlicher Grundlage ins Leben gerufene Kreisverband der Gemüse-, Obst- und Eier-Verwertungsgenossenschaften des Kreises, welchem der Kreis mit 200 RM. Geschäftsanteil und 200 RM. Haftung beigetreten ist, hat mit Wirkung ab 1. Januar 1930 den Betrieb der Versteigerungsanlage von der Weseler Gemüsezüchtervereinigung übernommen. Da die Genossenschaft noch nicht über Betriebskapital verfügt und für die Aufnahme des Geschäftes, insbesondere auch den Erwerb des der Weseler Gemüsezüchtervereinigung gehörigen Packmaterials erhebliche Aufwendungen zu leisten hat, beabsichtigt sie, bei der Landesgenossenschaftskasse in Köln einen Kredit von 10 000 RM. in Anspruch zu nehmen, dessen Einräumung jedoch von der Uebernahme der selbstschuldnerischen Bürgschaft für diese Verbindlichkeit durch den Kreis abhängig gemacht wird. Letzteres erscheint unbedenklich, zumal der Kreis im Aufsichtsrat der Genossenschaft vertreten ist und den Vorsitz führt. Der Kreistag wolle daher der Uebernahme der selbstschuldnerischen Bürgschaft zustimmen. Einstweilen sind der Genossenschaft zur Behebung der finanziellen Schwierigkeiten à Konto dieses Kredites 5000 RM. Vorschuß aus laufenden Kreismitteln zur Verfügung gestellt.

Der Punkt wurde in allen Einzelheiten einstimmig angenommen. Auf Antrag des Abg. Frhr. von Gilsthausen soll die Bezeichnung „Kreisfruchthof" in Zukunft unterbleiben und nur noch die Bezeichnung „Beiling Wesel e. G. m. b. H." gültig sein.

Aufbringung der Verbandsumlage des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk zu Essen.

Durch das Gesetz vom 29. Juli 1929 über die kommunale Neugliederung im Rhein.-Westf. Industriegebiet ist der Landkreis Rees Mitglied des Ruhrsiedlungsverbandes geworden. Das Verbandsgebiet umfaßt jedoch im Kreise nur das Gebiet der Stadt Wesel und dasjenige der Aemter Lackhausen und Schermbeck. Zur Erfüllung seiner Aufgaben erhebt der Verband von seinen Mitgliedern eine Umlage nach Maßgabe der für die Provinzen geltenden gesetzlichen Bestimmungen und zwar unter Zugrundelegung der den Verbandsmitgliedern zufließenden Einkommen und Körperschaftssteuern und der staatlich veranlagten Realsteuern. Für die zweite Hälfte des Rechnungsjahres 1929 sind durch Beschluß des Verbandsausschusses vom 12. Dezember 1929 als Vorschüsse auf die endgültige Umlage zu zahlen: a) für die allgemeine Umlage 0,377563 Prozent der Einkommen- und Körperschaftssteueranteile und 1,0381422 Prozent der staatlich veranlagten Realsteuern; b) für die Straßenbauumlage 0,9446694 Prozent der Einkommen- und Körperschaftssteueranteile und 2,5974503 Prozent der staatlich veranlagten Realsteuern. Hiernach hat der Kreis Rees für die zweite Hälfte des Rechnungsjahres 1929 (1. 10. 29 — 31. 3. 1930) = 18 865 RM. Verbandsumlage aufzubringen, die sich unter Hinzurechnung derjenigen für die Monate August und September 1929 für das Rechnungsjahr 1929 auf insgesamt 25 010 RM. erhöhen wird und außeretatsmäßig bereitzustellen ist. Der Kreisausschuß hat die vorschußweise Bezahlung der Verbandsumlage auf Grund der gesetzlichen Verpflichtung beschlossen, hält es jedoch für richtig, diese Beträge auf die zum Verbandsgebiet gehörenden Gemeinden im Wege der Vorausbelastung nach § 10 des Kreis- und Provinzialabgaben-Gesetzes umzulegen. Er geht hierbei von der Erwägung aus, daß die nicht zum Verbandsgebiet gehörenden Gemeinden des Kreises von der Tätigkeit und den Einrichtungen des Ruhrsiedlungsverbandes in keiner Weise berührt werden und diesen billigerweise nicht zugemutet werden kann, bei Aufbringung der Kreissteuern, aus denen die Verbandsumlage bestritten werden muß, zugunsten der zum Verbandsgebiet gehörenden Gemeinden Leistungen zu vollbringen, denen keinerlei Gegenleistung gegenübersteht.

Obwohl Bürgermeister Poppelbaum, Wesel, und Abg. Eichelberg, Schermbeck, gegen die Vorlage waren, wurde doch die Zustimmung zu derselben mit 15 gegen 10 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen gegeben.

Verwendung von Kapitalvermögen.

Auf Grund des Abkommens mit dem R. W. E. über die Aufwertung der Elektrifizierungsanteile sind dem Kreise in den Rechnungsjahren 1926/27/28 jährlich 67 519 Reichsmark, insgesamt also 202 557 RM. an außerordentlichen Einnahmen zugeflossen. Diese sollen, weil aus Vermögensbeständen herrührend, zur Bestreitung laufender Ausgaben nicht verwendet werden, sollen vielmehr als Vermögen erhalten bleiben oder zu außerordentlichen Aufwendungen herangezogen werden, die aus Vermögensbeständen oder durch Aufnahme von Schulden zu decken sind. Der Kreisausschuß hat daher auf Grund der im einzelnen gefaßten Kreistagsbeschlüsse den vorangegebenen Betrag verwendet wie folgt: Für den Ankauf von R. W. E.-Aktien 44 563,54 RM., für die Ablösung von Aufwertungsschulden 33 767,81 RM., für Kleinbahnzwecke 28 856,— RM., für Beteiligung an der „Niweka" und den Quellwasserwerken „Untere Lippe G. m. b. H." 26 000,— RM., für Hergabe eines Darlehens an den Zweckverband Lippebrücke Schermbeck — Gahlen 57 500,— Reichsmark, zur Deckung von Kursverlusten bei der Aufnahme von Anleihen 10 265,— RM., für die Hergabe eines Baudarlehens an einen Kreisbeamten 1500,— RM., insgesamt: 202 452,35 RM. Mithin verfügbar noch 104,65 RM. die als Bestand vorgetragen sind. Der Kreistag wolle dieser Verwendung in Erweiterung des Beschlusses vom 10. 6. 1927 zustimmen.

Die Vorlage fand einstimmige Annahme.

Erwerb von Inhaber- und Namensaktien des R. W. E.

Das R. W. E. hat, wie aus der Tagespresse bekannt geworden, sein Aktienkapital um 60 Millionen RM. erhöht und hiervon 30 Millionen RM. den alten Aktionären zum Kurse von 130 Prozent in der Weise zum Bezug angeboten, daß auf 6 alte Aktien eine neue bezogen werden kann. Die neuen Aktien müssen bis zum 25. Januar 1930 eingezahlt sein und nehmen an der vollen Dividende des laufenden Geschäftsjahres (1. 7. 29 — 30. 6. 1930) teil. Auf den Kreis Rees entfallen hiernach 370 Bezugsrechte, die bei 400 RM. Nennwert und einem Ausgabekurs von 130 einen Aufwand von 192 400 RM. erfordern. Des Weiteren ist es erforderlich zur Aufrechterhaltung der kommunalen Mehrheit im Aktienbesitz des R. W. E. von im Laufe des Jahres 1930 auszugebenden 2 Millionen Reichsmark Namensaktien, die mit einem mehrfachen Stimmrecht ausgestattet sind und einen Nennwert von 20,— RM. haben, die anteilig auf den Kreis entfallenden Stücke zum Kurse von gleichfalls 130 Prozent zu übernehmen. Entsprechend der bisherigen Beteiligung entfallen von der zunächst beschlossenen 1 Million RM. Emission auf den Kreis etwa 560 Stück, für deren Erwerb bei einem Nennwert von 20,— RM. und einem Ausgabekurs von 130 Prozent = 14 560 RM. erforderlich sind. Der Gesamtkostenaufwand beträgt demnach 207 860 RM. der im Anleihewege aufzubringen ist und einschließlich der Deckung des Disagios ein Darlehen von etwa 230 000 RM. erforderlich macht. Der Kreisausschuß hat sich für den Erwerb der anteilig auf den Kreis entfallenden Inhaber- und Namensaktien ausgesprochen und bittet den Kreistag, entsprechend zu beschließen und ihn zu ermächtigen, die benötigten Mittel im Anleihewege zu möglichst günstigen Bedingungen eventl. auf Goldmark oder Feingoldbasis aufzubringen. Mit Beschluß vom 10. 6. 1927 und vom 26. 3. 1929 ist der Kreistag einem Vertrage mit der Stadt Essen als der Treuhänderin der kommunalen Aufnahmegruppe beigetreten, demzufolge er gehalten ist, bei Veräußerung von Inhaber- und Namensaktien des R. W. E. zu Händen der Aufnahmegruppe zum Kauf anzubieten und nur bei Verzicht auf Uebernahme durch diese den Verkauf im freien Verkehr an der Börse zu bewirken.

Als im Auftrage der Zentrumsfraktion Architekt Schütt, Emmerich, erklärt hatte, daß das Zentrum noch einmal ausnahmsweise die Zustimmung zu diesem Antrag gebe, war seine Annahme gesichert. Die Vorlage wurde dann mit allen Stimmen gegen die des Kaufmanns Ostermayer, Emmerich, angenommen.

Erneute Stellungnahme zum Ankauf des Kurhauses Hoch-Elten.

Der vom Kreisausschuß auf Grund der Ermächtigung vom 26. März 1929 mit der Ehefrau Wintmann, Johanna geb. Backes zu Moers über den Erwerb des Kurhauses Hoch-Elten getätigte Kaufvertrag ist hinfällig geworden, weil die Verkäuferin die vertraglich übernommene Freischaffung von Hypotheken nicht durchgeführt hat. Inzwischen ist das Objekt im Wege der Zwangsversteigerung auf die Raiffeisenbank Elten übergegangen. Es besteht die Möglichkeit, daß Letztere wiederum wegen Uebernahme der Besitzung an den Kreis herantritt. In Anbetracht der inzwischen eingetretenen Veränderung der Sachlage und der finanziellen Lage des Kreises hält sich der Kreisausschuß nicht mehr für legitimiert, auf Grund des Beschlusses vom 26. März 1929 dem Geschäft näherzutreten, weshalb die Angelegenheit dem Kreistag erneut zur Stellungnahme unterbreitet wird.

Der Kreisausschuß wurde ermächtigt, das Kurhaus Hoch-Elten ganz oder zum Teil zu erwerben. Jedoch wurde die dringende Bitte ausgesprochen, daß die Gemeinden Emmerich und Elten sich an dem Betrieb beteiligen.

Bildung eines Finanzausschusses.

Auf Antrag des Zentrums wurde ein Finanzausschuß aus 6 Mitgliedern gebildet, der neben dem Kreisausschuß wichtige finanzielle Fragen vorher zu beraten hat und auch bei der Etatsberatung Stimmrecht besitzen soll. Dieser neue Ausschuß untersteht aber dem Finanzausschuß.

Verantwortlich für den Inhalt: Für politik Chefredakteur Dr. [illegible]; für Feuilleton Josef Hom, für Wehrdeutschland Fr. Schuhmacher; für Handel und Sport Dr. hor. C. Henkel, sämtlich in Dortmund. Für Münster und das Münster und Bernhard Rupik, Münster i. W. Berliner Redaktion: Dr. Häfner, Berlin-Lichterfelde. Verlag: [illegible] Zumming, Bocholt. Oertliche Schriftleitung Josef Wellis, Bocholt. Für den örtlichen Anzeigenteil Joh. Kempkes, Bocholt.

Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, heute morgen 9,30 Uhr meinen lieben Mann, unseren guten Vater, Schwiegervater, Großvater und Onkel

Wilhelm Geukes

zu sich in die Ewigkeit abzurufen. Er starb nach eintägiger Krankheit, für uns ganz plötzlich und unerwartet, wohlvorbereitet durch einen christlich-frommen und arbeitsamen Lebenswandel, nach Empfang der hl. Oelung, im 85. Lebensjahre.

Wir bitten der Seele des lieben Verstorbenen im Gebete recht oft zu gedenken.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Bocholt, Münster, Emsdetten, Gemen, Rheine, den 15. Januar 1930.

Das hl. Seelenamt findet statt am Samstag, den 18. Januar, morgens 8,15 Uhr, in der St. Josefskirche, danach die Beerdigung von der Kirche aus, wozu freundl. eingeladen wird. (382

Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, heute Nacht, kurz nach 1 Uhr, meinen lieben Mann, unseren guten Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel, den (381

Kupferschmied und Klempnermeister

Bernhard Hams

zu sich in die Ewigkeit abzurufen. Er starb nach kurzer, mit großer Geduld ertragener Krankheit, wohlvorbereitet durch einen christlich-fommen und arbeitsamen Lebenswandel, versehen mit den hl. Sterbesakramenten, im 61. Lebensjahre.

Wir bitten der Seele des lieben Verstorbenen im Gebete recht oft zu gedenken.

Rhede und Borken, den 13. Januar 1930.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Familie Bernhard Hams.

Das feierliche Seelenamt findet statt am Freitag, den 17. Januar 1930, morgens 8,30 Uhr, darnach die Beerdigung vom St. Vinzenz-Hospitale aus, wozu hiermit freundl. eingeladen wird.

Sollte jemand aus Versehen keine besondere Anzeige erhalten haben, bitten wir, diese als solche betrachten zu wollen.

Gott dem Herrn hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, heute morgen 2 Uhr meine liebe Gattin, unsere gute Mutter, Schwägerin und Tante

Frau Philipp Hebestreit

Maria geb. Munsch

zu sich in die Ewigkeit zu nehmen. Sie starb nach langen, schweren Leiden, gestärkt durch den öfteren Empfang der hl. Sakramente, im Alter von 55 Jahren.

Um ein andächtiges Gebet für die liebe Verstorbene bitten

im Namen der trauernden Familie:
Philipp Hebestreit und Kinder.

Rheinberg, den 14. Januar 1930.

Das Seelenamt findet statt am Freitag, den 17. Jan., vormittags 9 Uhr, in der Pfarrkirche zu Rheinberg, danach die Beerdigung. (379

Von Beileidsbesuchen bittet man absehen zu wollen.

Wissen ist Macht! Frauen gebt acht!

Man muß wissen, daß es den Schuhen schadet, wenn sie bald mit diesem bald mit jenem Krem behandelt werden.

Man muß wissen, daß nur das reine Terpentinöl und das beste Wachs, wie es im Ermin-Extra-Schuhputz verwand wird, den Schuhen jene Haltbarkeit, jene Geschmeidigkeit, jenen Glanz verleiht, welche den Erminfabrikaten unter klugen Hausfrauen so viele dauernde und zufriedene Käufer erworben haben.

Bewahren Sie sich vor Schaden und Aerger, und verlangen Sie ausdrücklich



Ermin-Extra
mit der
Garantiemarke

Ermin-Extra in Normal- und Doppel-Dosen mit richtigem Gewicht überall erhältlich.

Normaldose 25 Pfg. Doppeldose 50 Pfg.

Ermin-Fabrik, Wittlich (Rhld.)

HAMBURG-AMERIKA LINIE
VON HAMBURG DIREKT NACH

KANADA

NÄCHSTE PASSAGIER-ABFAHRTEN:

M. S. „ST. LOUIS" . . . 21. Febr.
D. „WESTPHALIA" . . 6. März
D. „CLEVELAND" . 12 März
M. S. „St. LOUIS" . 28. März
M. S. „MILWAUKEE" 4. April
D. „CLEVELAND" . 16. April



AUSWANDERER

BELIEBEN SICH WEGEN ALLER EINZELHEITEN ZU WENDEN AN: HAMBURG-AMERIKA LINIE, HAMBURG 1, ALSTERDAMM 25 oder die Vertretung in

Bocholt, **Loock & Steiner**, Bismarckstr. 23.

Deutsche Teppiche



C. Zaudy
WESEL
Fachhaus für Teppiche, Gardinen, Innendekorationen

Freibank.

Freitag nachmittag ab 2,30 Uhr ist rohes und gekochtes

Rindfleisch

zu haben.



Freitag nachm. von 2 Uhr an, ist an der Mussumer Mühle v. einer jungen, fetten, selbstgemästeten Kuh

Fleisch

zu 90 Pfg. zu haben
G. Klein-Schmeink,
Mussum.

Ein zirka 300 Pfd schweres, fettes

Schwein

zu verkaufen.
Näheres in der Geschäftsstelle ds. Ztg.

Stabiler, hölzener

Hühnerstall
mit Auslauf

preiswert zu verkaufen.
Schleusenwall 8.

Biete extra billig an
Qualitäts-Strumpfwaren
Qualitäts-Unterzeuge
Qualitäts-Strickkleidung

wie z. B. hochmoderne **Strickkleider, Pullover** und **Westen**, ebenso **Ia Oberhemden** sowie Tag- und Nachthemden aller und jeder Art. Ferner verkaufe folgende Artikel bis Samstag abend und zwar so lange Vorrat beispiellos billig

Das ist billig! **Rekord-Leistung!** **Das ist billig!**

Für jeden der Geld verdienen will heißt jetzt die Parole:
Nach W. M. Papenkort laufen
Und auf Vorrat kaufen.

Starke schwarze gestrickte Herren-Socken, Paar nur 90 Pfg.
Herrlich gemusterte Kavalier-Socken, mit Kunstseide durchwirkt, Paar 75 Pfg.
Selten schöne Halbleinen-Damast-Haustücher, ½ Dutzend statt RM. 8.10 nur 5.70
Prachtvolle kunstseid. Tischdecken, 160/130, mit Fransen, statt RM. 14,00 nur RM. 9.75
Posten schöner Selbstbinder, zum Aussuchen, nur 45 Pfg.
Herrliche blütenweiße Fellvorlagen, statt RM. 12,— nur RM. 7.50
Echtfarbige weißbunte □ Herren-Taschentücher, per Dutzend statt RM. 4,50 nur 2.95
Schöne Damen-Taschentücher, per Dutzend RM. —,96 und 1.45
Leder-Akten- und Schülertaschen, statt RM. 4,95 nur RM. 3.75
Herren-Portemonnaies, garantiert echtes, unverwüstliches Leder, statt RM. 2,90 nur 1,45
Damen-Portemonnaies, echt Leder, 75 Pfg.
Garantiert echte weiche Sämisch-Fensterleder, 2 Stück RM. —,95 und 1,95

Da Fensterleder andauernd steigt, schon jetzt für den Frühjahrs-Hausputz den Bedarf decken

Kunstseiden-Shals 75 Pfg. Kindermützen 65 Pfg. Ohrenschützer 35 Pfg. Herren-Futterhosen 1,95 Mk. Schürzenband 3 Stück 20 Pfg. Durchziehband 5 St. 20 Pfg. Durchziehgummi 3 Meter 10 Pfg. Mangelknöpfe für Bettbezüge 6 Dutzend 45 Pfg. Dto. für Hemden und Schürzen 6 Dutzend 30 Pfg. Echte Büffelhornknöpfe Dutzend 1,80 Mk. Patent-Hosenknöpfe Dutzend 7 Pfg. Manschetten-Knöpfe 2 Paar 25 Pfg. Stecknadeln 200 St. 6 Pfg. Maßbänder St. 20 Pfg. Leinen-Maßbänder St. 35 Pfg. ff. Stahlsicherheitsnadeln 2 Dutzend 15 Pfg. Topfreiniger 3 St. statt 60 nur 35 Pfg. ff. Heftzwecke 36 St. 4 Pfg. Feinster Carbid-Messer- und Herdputzschmirgel 3 große Bogen 25 Pfg. Schuhbürsten (echte Borsten) 75 Pfg. Kleiderbürsten (echte Borsten) 95 Pfg. Kopfbürsten 75 Pfg. Zahnbürsten 25 u. 45 Pfg. Rasierpinsel 35 Pfg. Hochfeine Toilettenseife 3 St. statt 75 nur 45 Pfg. Echte Ia Rasierseife 35 Pfg. Echte Tintenstifte 3 St. statt 75 nur 45 Pfg. Bleistifte 3 St. statt 30 nur 20 Pfg. ff. Griffel 2 St. 1 Pfg. Radiergummi statt 10 nur 7 Pfg. Notizbücher 3 St. 20 Pfg. Kontobücher 2 St. 25 Pfg. Tafelschwämme 3 St. 10 Pfg. Waschschwämme 20 Pfg. Flaschen-Sauger 3 St. statt 60 nur 40 Pfg. Beisring (Stiller) 3 St. statt 75 nur 40 Pfg. Prakt. Eiersiedenetze 35 Pfg. Prakt. buntfarbige Einkaufsnetze 95 Pfg. Staubkämme 25 Pfg. Frisierkämme 35 Pfg. Herren-Frisierkämme 25 Pfg. Hochfeine Choker Halsschmuckketten statt RM. 1,— nur 45 Pfg. — Auf alle nicht herabgesetzten Waren gebe (376

10% Rabatt

W. M. Papenkort, Bocholt
Leopoldstraße, bei der evg. Kirche.

Arbeiterverein St. Paulus

Freitag, den 17. Januar, 8 Uhr:

„Söffken van Gievenbiedk"

Mitglieder 50 Pfg., Nichtmitglieder 75 Pfg.

Numerierte Platzkarten beim Kastellan, Wesemann tr. 15. k394

Rechtsberatung

in allen Rechts-, Prozeß- und Straffachen, bei außergerichtlichen Vergleichen, Vertrags-Entwürfen, Testamenten; Anfertigung von schriftlichen Eingaben aller Art.

Mäßige Berechnung.

Sprechzeit: Wochentags von 11—1 Uhr oder nach Vereinbarung. (347

G. Köster, Bocholt,
Hermannstraße 1 b.

Dr. Hübeners Lebenssalz

reinigt das Blut, reguliert die Verdauung u. den Stuhlgang.

Schachtel Mk. 1.25. **Drogerie Bruns,** Nordstr. 22.
1968



Achtung! Holl. Fische!

Jeden Donnerstag und Freitag zu haben:
Ia. holl. große, mittel u. Bratschellfische, Schollen, Steinbutt u. Kabeljau, Flußhecht, Barsche, Schleien und Backfische sowie Kieler Bückinge u. Kieler Sprotten.
Täglich frischer Salat.
Jakob Goedhardt, Langenbergstr. 18. Telefon 2589.

Bekanntmachung!

Meinen Patienten zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich in

Bocholt, Pollstiege 6 (Nähe Gymnasium), jeden Samstag von 8—5 Uhr

zu sprechen bin. Es kommen insbesondere

Nervenleiden jeder Art, feel. Leiden, Fallsucht, Magen-, Darm-, Nierenleiden

zur Behandlung.

Hautausschläge, offene Beine, Krampfadern, Flechten, Kopfschmerzen, Schwindel, Grippe und deren Folgen, Lungenleiden, Asthma, Wassersucht, Rheuma, — Haarausfall —

usw., werden nach eigenem Verfahren, gestützt auf reiche Erfahrungen, mit nachweislich guten Erfolgen behandelt.

Krankheitsfeststellung durch Augen-Diagnose und Urinschau bezw. Urinuntersuchung (Urin mitbringen).

P. Lock, Homöopathie.

Beglaubigter Vertreter der seit ca. 70 Jahren bestehenden Schröder'schen Heilweise.

Betriebstechniker

mit rationeller Bearbeitung von Riemenscheiben u. Lager vertraut, sucht zum baldigen Eintritt.

E. Müller, Maschinenfabrik, Saarbrücken.

Erfahrener, tüchtiger

Gärtner

mit allen Arbeiten bestens vertraut und mit guten Empfehlungen sucht Stellung. Eintritt kann sofort oder auch später erfolgen. Angebote unter Nr. 352 an die Geschäftsstelle.

Suche für sofort oder später einen

Lehrling

Drogerie Bruns,
Bocholt.

Gelernter

Gärtner

zeitweise f. Gartenarbeit gesucht.

Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Es wird junges, kath.

Mädchen

für die Landwirtschaft gesucht.

Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.



Mensch sei helle — leg „Lebewohl" auf die kranke Stelle

Hühneraugen-Lebewohl u. Lebewohl-Ballenscheiben, Blechdose (8 Pflaster) 75 Pfg. Lebewohl-Fußbad gegen empfindliche Füße und Fußschweiß, Schachtel (2 Bäder) 50 Pfg. erhältlich in Apotheken und Drogerien. Sicher zu haben: Drog. Bruns, Nordstr. 22; Drog. Maaß, Osterstr. 22; Stern-Drog. August Steiner; Drogerie zum weißen Kreuz Gebr. Steiner; in Rhede: Markt-Drogerie Th. Schüling, Markt 2.

Der Deutsche Rundfunk hat seinen Programmteil wieder um 8 Seiten erweitert!

... er ist nach wie vor die Zeitschrift mit dem ausführlichsten Funkprogramm der Welt!
Jede Woche
80 Seiten für 50 Pf. • Monatsbezug RM 2.—
Bestellen Sie beim Postamt oder Buchhandlung
Probeheft umsonst v. Verlag Berlin N 24

Im Handelsregister Abt. A Nr. 451 ist am 11. Januar 1930 die Firma Stern-Drogerie August Steiner, Bocholt, und als deren Inhaber der Kaufmann August Steiner in Bocholt eingetragen. (375

Preuß. Amtsgericht Bocholt.

WESEL

Bekanntmachung

Es besteht die Möglichkeit, für die Förderung des Treibgemüsebaues u. der Geflügelhaltung Kredite zu 8,5 bis 9 Prozent Jahreszinsen und 6 Prozent Tilgung nach zwei tilgungsfreien Jahren hereinzunehmen. Interessenten wollen ihren Kapitalbedarf unter Angabe ob und welche Sicherheit gestellt werden kann sowie des Verwendungszweckes längstens bis zum 20. Januar 1930 bei dem unterzeichneten Kreisausschuß angeben. (378

Wesel, den 14. Januar 1930.

Kreisausschuß des Kreises Rees.

Gut erhaltenes, großes

Ladenregal

zu kaufen gesucht.
Willy van Depen,
Kaverdiek 34.

Ackerland

in der Nähe des Waisenhauses zu verpachten.

Wo zu erfragen
Grabenstraße 11.